

HONGKONG UND MACAU

*
*
* * * * *

*(45)

Arbeitsgruppe zur Beschleunigung der chinesisch-britischen Verhandlungen gebildet

Im Berichtsmonat haben die chinesischen und britischen Unterhändler die 16. und 17. Runde (12.-13. bzw. 27.-28. Juni) ihrer Marathonverhandlungen über die Zukunft Hongkongs abgehalten. Bei der 16. Runde haben beide Seiten zur Beschleunigung der Verhandlungen die Bildung einer Arbeitsgruppe vereinbart. Diese Arbeitsgruppe, die ihre Arbeit bereits am 18. Juni aufnahm, hat laut Pressecommuniqué die Aufgabe, die von beiden Seiten vorgelegten Dokumente zu erörtern, um so bald wie möglich eine Vereinbarung über die Hongkong-Frage zu erreichen. Sie soll in der Zeit zwischen den offiziellen Verhandlungsrunden tätig werden. Die Leitung übernehmen auf der chinesischen Seite Ke Zaishuo, Botschafter im chinesischen Außenministerium, und auf der britischen Seite David Wilson, stellvertretender Staatssekretär im britischen Außenministerium.

In Beijing wurde die Bildung der Arbeitsgruppe von Beobachtern als ein Anzeichen dafür gewertet, daß die chinesisch-britischen Verhandlungen in eine entscheidende Phase getreten seien. Die Arbeitsgruppe solle sich mit den einzelnen und konkreten Fragen für die Paraphierung einer endgültigen Vereinbarung über die Zukunft Hongkongs befassen. Ferner vermutete man, daß beide Seiten auch die Probleme der Übergangszeit der kommenden 13 Jahre behandeln sollen. Gegenüber einer Hongkonger Industrie- und Handelsdelegation, die vom 19. bis 23. Juni Beijing besuchte, enthüllte der starke Mann Chinas, Deng Xiaoping, am 22. Juni, daß die Paraphierung einer chinesisch-britischen Vereinbarung im September und deren Unterzeichnung Ende dieses Jahres erwartet werde (DGB, 15. und 28.6.84).

Ngai Shiu-kit (Ni Shaojie), der Leiter der Handelsdelegation und Vorsitzender des Vereins chinesischer Herstellerfirmen in Hongkong, sagte nach seiner Rückkehr am 23. Juni auf einer Pressekonferenz auf dem Hongkonger Kaitak-Flughafen, die chinesische Regierung würde den Einwohnern von Hongkong, die einen britischen Paß für britisches Protektoratsterritorium besitzen, erlauben, ihn auch nach 1997 weiter zu benutzen, obwohl sie Doppelnationalität nicht anerkenne. Beijing oder Beijing und London würden danach streben, die gegenwärtigen Visum-

bedingungen in anderen Staaten für Hongkonger Einwohner aufrechtzuerhalten. Die chinesischen Führer, so weiter Ngai, hätten der Delegation versichert, das Rechts-, Industrie-, Handels-, Währungs- und Steuersystem werde nicht verändert werden (TKP, 28.6.84).

Große Aufmerksamkeit schenkte die Öffentlichkeit Hongkongs dem Besuch der drei führenden sogenannten inoffiziellen Mitgliedern des Exekutiv- und des Legislativrats (Umelco), S.Y. Chung (Zhong Shiyuan), Lydia Dunn (Deng Lianru) und Q.W. Lee (Li Guowei), in Beijing. Die Umelco sind zwar von den kolonialen Behörden ernannt, fühlen sich jedoch verpflichtet, die Volksmeinung widerzuspiegeln, zumal in einer Zeit, da über die Zukunft Hongkongs bestimmt wird. Am 14. März dieses Jahres hat der Legislativrat der Kolonie einstimmig einen sogenannten "Lobo-Antrag" angenommen, in dem verlangt wurde, daß jeglicher Vertrag über die Zukunft Hongkongs vor dem Abschluß im Legislativrat debattiert werden müsse (s. dazu C.a. 1984/3, S. 133, Ü 46). Im Mai reiste eine 9köpfige Delegation der Umelco nach London und gewann bei der britischen Regierung und den zwei parlamentarischen Häusern eine große Lobby. Sie bat die Briten, kein Abkommen über Hongkong mit Beijing zu unterzeichnen, bevor die Chinesen nicht das Grundgesetz für Hongkong veröffentlicht hätten. Ferner sollten die Briten, um die Einhaltung des Abkommens und des Grundgesetzes durch die Chinesen zu gewährleisten, dem Wunsch der Umelco entsprechend auch nach 1997 gewisse Rechte in Hongkong aufrechterhalten. Die chinesische Seite beschuldigte die Umelco, daß sie mit ihren Vorschlägen die sino-britischen Verhandlungen stören möchten (DGB, 12.-13.5.84).

Bei der Begegnung mit Deng Xiaoping während ihres Besuches in Beijing brachte die erwähnte 3köpfige Umelco-Delegation die Beunruhigung der Einwohner Hongkongs um ihre Zukunft zum Ausdruck. Sie befürchtete - trotz der geplanten Autonomie - einen zu starken Einfluß Beijings in Hongkong und einen möglichen neuen politischen Rutsch zum Linksextremismus in China. Es wurde vorgeschlagen: 1. Das von Beijing und London verhandelte Abkommen über Hongkong müsse detailliert und verbindlich sein und solle als Grundlage des geplanten Grundgesetzes für Hongkong dienen; 2. dieses Grundgesetz solle von Vertretern der Einwohner von Hongkong und Repräsentanten aus Beijing gemeinsam in Hongkong entworfen werden; 3. China solle ein Komitee bilden, das aus Chinesen von internationalem Ruf und

Ansehen besteht und das den Entwurf und die Durchführung des Grundgesetzes und dessen Ergänzungen überwacht und berät (TKP, 28.6.84).

Von vornherein hat Deng unterstrichen, daß die drei Umelco nur als private Personen in Beijing empfangen worden seien. Ihre Meinungen, so Deng, verträten auch nicht das Interesse aller Einwohner Hongkongs. Er lehnte die These vom sogenannten "Drei-Fuß-Hocker" (China, Großbritannien und Hongkong) ab und betonte, daß die Verhandlungen über Hongkong nur eine Angelegenheit zwischen Beijing und London seien und die chinesische Politik zur Übernahme der Souveränität über Hongkong im Jahre 1997 unverändert bleibe. Allerdings versicherte er: "Wir werden eine Vereinbarung erreichen, die nicht nur den Interessen des chinesischen und des englischen Volkes, sondern auch den der Hongkonger entspricht." Ferner beteuerte er, daß Beijing sich während der Übergangszeit in den kommenden 13 Jahren nicht in die Angelegenheiten Hongkongs einmischen werde, sofern es nicht zu großen Unruhen komme. Nach 1997 werde die chinesische Regierung außer Soldaten keine Kader nach Hongkong entsenden. Die führenden Regierungsbeamten würden von Hongkong selbst bestimmt und von Beijing nominell ernannt werden. Es gebe, so Deng, nur eine Voraussetzung für die Bildung der künftigen Hongkonger Regierung: sie müsse sich hauptsächlich auf Patrioten stützen. Ein Patriot sei einer, so definierte er, der Chinas Anspruch auf Souveränität über Hongkong unterstütze; sonst sei es einerlei, ob er an Kapitalismus, Feudalismus oder ans Sklavensystem glaube - er brauche nicht Anhänger des Sozialismus zu sein. Die chinesische Hongkong-Politik sei nicht mit seiner Person verbunden und werde sich daher in 50 Jahren nach 1997 nicht verändern. Er pries das Modell "ein Staat mit zwei Gesellschaftssystemen" als beispielhaft und bezeichnete es als eine gute Lösung nicht nur für Hongkong und Taiwan, sondern wahrscheinlich auch für das Deutschland- und Korea-Problem und andere ähnliche Fragen. Deng teilte nicht die Meinung, daß es in Hongkong eine "Vertrauensfrage" in der Bevölkerung gebe (DGB, 28.-29.6.84; TKP, 28.6.84; Asiaweek, 6.7.84). Diese Äußerung Dengs dürfte allerdings die Öffentlichkeit Hongkongs sicherlich wieder beunruhigt haben, weil man sich fragt, ob die chinesische Führung in Beijing sich tatsächlich ein reales Bild von Hongkong macht. -ni-

*(46)

Macau ohne Angst vor 1997

Bei seinem offiziellen Besuch in Japan hat der portugiesische Premierminister Mario Alberto Nobre Soares auf einer Pressekonferenz am 19. Juni in Tokyo zur Zukunft Macaus gesagt, daß es keine Parallele zwischen Macau und Hongkong gebe. Damit deutete er an, daß Portugal die Verwaltung in Macau auch nach der Rückkehr der britischen Kolonie Hongkong zu China 1997 aufrechterhalten werde (JT, 20.6.84). Auf chinesischer Seite hat Ji Pengfei, Mitglied des chinesischen Staatsrats (Kabinetts) und Direktor des Büros für die Angelegenheiten von Hongkong und Macau beim Staatsrat, am 19. Juni in Beijing eine ähnliche Andeutung gemacht. In dem Gespräch mit einem prominenten Chinesen aus Macau, Song Yusheng, sagte Ji nach einer Auskunft Songs, daß sich China nicht in Macau einmischen möchte, sofern dort unter der portugiesischen Verwaltung zur Zeit keine besonderen Vorkommnisse auftauchten (DGB, 22.6.84).

Macau ist zwar die älteste Kolonie Europas in China, doch stellt es historisch wie politisch gesehen kein so kompliziertes Problem wie Hongkong dar. Hongkong ist nämlich eine britische Kriegsbeute aus dem berühmten Opiumkrieg von 1842. Dazu sind über 90% des insgesamt 1.061,8 qkm großen Territoriums Hongkongs von China gepachtet und der Pachtvertrag läuft 1997 ab. Aus Prestige Gründen kann die jetzige chinesische Regierung diesen Vertrag, den die Chinesen für einen ungleichen Vertrag - und zwar den ersten ungleichen Vertrag - halten, nicht verlängern oder erneuern. Was Macau anbetrifft, handelt es sich um einen "Freundschaftsvertrag" zwischen Beijing und Lissabon vom 26. März 1887, in dem die damalige kaiserlich-chinesische Regierung die von den portugiesischen Händlern seit über 300 Jahren allmählich geschaffene Tatsache einer Kolonie anerkannt hat. Obendrein hatte Lissabon nach der Revolution von 1974 schon seine Bereitschaft erklärt, die Souveränität über Macau an China zurückzugeben. Es hat ferner in der neuen portugiesischen Verfassung von 1976 der Devise Beijings entsprechend Macau als chinesisches Territorium unter portugiesischer Verwaltung bestätigt.

Bislang hat die chinesische Regierung eine Rücknahme Macaus verzögert, um damit Hongkong nicht zu beunruhigen. Wiederum um Hongkong zu beruhigen, hat es sich gezeigt, daß die chinesische Regierung den Status quo Macaus auch nach der geplanten Rücknahme Hongkongs 1997 für einen gewissen Zeitraum beibe-

halten wolle. Im Vertrauen auf die Zukunft haben die portugiesischen Behörden in Macau gleich nach dem Beginn der chinesisch-britischen Verhandlungen über Hongkong eine Reihe von Maßnahmen eingeführt, um Investitionen und Kapital aus der britischen Nachbarkolonie anzulocken (vgl. dazu C.a. 1983/1, S.16 f., Ü 40). -ni-

TAIWAN

*

*

* * * * *

*(47)

Neuer US-Vertreter in Taiwan

Zum Nachfolger von James R. Lilley, Direktor des Taipei Büros des AIT (American Institute in Taiwan), wurde der bisherige US-Botschafter in Singapur, Harry E. Thayer, ernannt (ZYRB, 6.6.84). Dieser Posten besteht für den halbamtlichen Vertreter Washingtons auf der Insel nach der Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan 1979. James R. Lilley hatte seit November 1981 das Büro des AIT in Taipei geleitet. Vor Lilleys Ernennung war das Amt fast ein halbes Jahr lang unbesetzt geblieben. Denn die Regierung Reagan hatte zunächst nur einen Berufsdiplomaten vom Rang eines Generalkonsuls nach Taiwan senden wollen und das hatte Taiwan abgelehnt. Schließlich wurde Lilley als Vertrauter des Vize-Präsidenten Bush für dieses Amt von der Taipei Regierung akzeptiert (vgl. C.a., Nov. 1981, S.723, Ü 44).

Die Ernennung von Thayer, die nur zwei Wochen nach dem Rücktritt von Lilley bekanntgegeben wurde, wird in Taiwan allgemein positiv bewertet, weil seine Eigenschaft als Berufsdiplomat im Botschafterrang Taiwans Wünschen wohl entspricht. Dazu waren Thayer wie Lilley enge Mitarbeiter von Bush. Beide haben früher zuerst in der ehemaligen US-Botschaft in Taipei und dann in dem ehemaligen US-Verbindungsbüro in Beijing unter Bush gearbeitet.

Laut Bericht der LHB (6.6.84) hat das US-Außenministerium seinen Beschluß über den Personalwechsel in der halbamtlichen Vertretung in Taiwan bereits vor drei Monaten beim Weißen Haus eingereicht. Doch hatte Präsident Reagan aus Rücksicht auf seinen Chinabesuch Ende April und Anfang Mai dieses Jahres die Bekanntgabe der Ernennung von Thayer verschoben. Außerdem wollte man im Weißen Haus, so heißt es, vermeiden, daß die Ernennung des neuen "inoffiziellen" Vertreters in Taiwan mit den Neubesetzungen von sechs weiteren Botschaftern zeitlich in Zusammenhang gebracht

würde. Denn jedes Zeichen einer Aufwertung der Beziehungen Washingtons zu Taiwan dürfte in Beijing auf Unmut stoßen und veranlassen, für Reagan während seines Aufenthalts in China einen kühlen Empfang vorzubereiten. -ni-

*(48)

Neue Schüsse in der Taiwan-Straße

Die chinesische Presseagentur Xinhua hat im Berichtsmonat über erneute Schüsse seitens der taiwanesischen Streitkräfte in der Taiwan-Straße berichtet und der Guomindang (Kuomintang)-Regierung in Taiwan vorgeworfen, sich dem gemeinsamen Wunsch aller Chinesen auf beiden Ufern der Taiwan-Straße nach einer friedlichen Einigung Chinas zu widersetzen. Laut Meldung der Xinhua vom 11. Juni wurde ein Rettungsschiff aus Shanghai am 31. Mai d.J. während seiner Fahrt von Xiamen (Amoy) nach Dongshan in der Nähe der Inseln Wudan und Qingyu (etwa 5 km südlich der Insel Amoy) von Guomindang-Truppen beschossen. Zwei Schüsse trafen das Schiff. Vier Tage danach, am 4. Juni, griffen die auf der Insel Jinmen (Kimmen, Quemoy) stationierten Streitkräfte Taiwans eine vorbeifahrende Frachtdschunke, die zu der Xiaori-Produktionsbrigade der Insel Nanri, Provinz Fujian, gehört, mit Geschütz- und Schwermaschinengewehrfeuer an. Zwei Menschen wurden getötet und zwei andere verletzt (XNA, 12.6.84 und DGB, 13.6.84).

Nach einer weiteren Xinhua-Meldung vom 29. Juni beschossen die Guomindang-Truppen auf Jinmen am 27. Juni wiederum ein Floß und die von den chinesischen Kommunisten kontrollierte Insel Jiaoyu. Am Morgen jenes Tages, um 8.40 Uhr, so lautete die Meldung, war eine Person mit dem Floß aus der Richtung der zu Jinmen gehörenden Caoyu-Insel nach Jiaoyu aufgebrochen. Als es sich dieser Insel näherte, begann man auf taiwanesischer Seite auf das Floß zu schießen, und zwar bis 9.47 Uhr. Insgesamt wurden über 150 Geschosse gezählt, von denen über 40 auf die Insel Jiaoyu fielen. Zwei Soldaten wurden verletzt und ein Krankenpfleger, der die Verletzten retten wollte, kam - von einer Granate getroffen - ums Leben. Zum Schluß der Meldung meinte Xinhua, daß sich Taiwan durch die "brutalen und grausamen Taten" weiter selbst isolieren werde. In einem Kommentar der von Beijing gesteuerten Hongkonger Tageszeitung DGB zu der Xinhua-Meldung wußte der Kommentator festzustellen, daß die auf der Insel Jiaoyu stationierte VBA-Artillerie nicht zurückgeschossen habe (DGB, 1.7.84).